

Alfred Grünmandl. Ein jüdischer Migrant in Tirol

von Verena Sauermann (Innsbruck)

Dieser Aufsatz widmet sich Otto Grünmandls Vater¹, Alfred Grünmandl. Er wurde am 2. August 1883 in Ungarisch Brod (Mähren) als Sohn von Leopold Grünmandl (Kaufmann) und Betti Grünmandl (geborene Fuchs) geboren und war jüdischen Bekenntnisses.² Im heutigen Uherský Brod in Tschechien, an der Grenze zur Slowakei, lebte seit dem Mittelalter eine große jüdische Gemeinde. Ihre Mitglieder wurden ab etwa 1600 verfolgt, beraubt, massakriert und ermordet. Aufgrund der Herrschaft der Nazis sind bereits 1943 keine Juden/Jüdinnen im Gräberverzeichnis zu finden.³ Ob der Antisemitismus, dem die jüdische Gemeinde ausgesetzt war, ein Auswanderungsgrund für Grünmandl war, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Sein Enkel, Florian Grünmandl, schließt Antisemitismus als Grund für die Emigration aus.⁴

Alfred Grünmandl zog Anfang April 1907 nach Wien. Dort war er als „Handlungsgehilfe“, ledig und mosaischen Glaubens, einen Monat lang in der Frömmelgasse (in Floridsdorf) gemeldet. Der Abmeldevermerk Ende April notiert, Grünmandl halte sich angeblich in Hall in Tirol auf, er „soll dort ein Gemischtw. Geschäft besitzen“.⁵ Sein Bruder Ludwig Grünmandl (geboren 1885), war bereits 1902 nach Wien gezogen und dort in der Denisgasse und in der Klosterneuburger Straße (Althangrund) gemeldet gewesen. Seine Meldeunterlagen verzeichnen 1903, dass er sich wieder nach Ungarisch Brod abgemeldet hat.⁶ Alfred ist gemeinsam mit seinem anderen Bruder Otto (1891-1915) nach Hall gezogen und hat dort ein Textilgeschäft gegründet.⁷

In dieser Zeit waren in Tirol, vor allem in Innsbruck, bereits lautstark antisemitische Stimmen zu hören: in dem 1889 verbreiteten und mit „Vorsicht vor Juden“ betitelten Flugblatt wurden jüdische Geschäfte in Innsbruck, jeweils mit Namen und Adresse der Geschäftsinhaber, aufgelistet – eine „neue Dimension“ zeichnete sich ab: „Dieser Transfer des Vorurteils auf die jeweils einzelne, konkrete Person stellt den eigentlichen Übergang von der traditionellen Judenfeindschaft zum modernen Antisemitismus dar.“⁸ Martin AchRAINER datiert diesen Wandel auf die Jahre zwischen dem Ende der 1880er Jahre und 1910, der moderne Antisemitismus sei dann akzeptiert und alltäglich geworden. Juden/Jüdinnen galten zwar juristisch gesehen als gleichberechtigt, seien aber als Gruppe schutzlos Anfeindungen ausgesetzt gewesen.⁹ Auch Grünmandl traf in Hall offenbar auf eine feindliche Stimmung: sein Sohn Otto erzählte, der Dekan habe kurz nach der Ankunft seines Vaters Alfred in Hall in der Pfarrkirche eine Predigt missbraucht, um dazu aufzurufen, man solle bei diesem Juden nichts kaufen.¹⁰

Florian Grünmandl erzählt, sein Großvater sei aus Ungarisch Brod zuerst nach Wien gegangen, um dort die Lehre zum Textilkauflmann zu machen, wie so viele habe

es ihn in die Großstadt gezogen.¹¹ Zwei seiner vier oder fünf Brüder hätten die ländliche Umgebung in Ungarisch Brod verlassen. Nach seiner Lehre in Wien habe er in Hallein den ersten Versuch der Selbständigkeit gestartet und danach mit seinem Bruder Otto das Geschäft in Hall eröffnet. Warum die Wahl auf Hall fiel, ist auch ihm unklar. Entweder hatte sich Hall als günstiger Standort für den Textilbetrieb herausgestellt,¹² oder die Gelegenheit, ein Haus in der Haller Altstadt zu erwerben, war gerade günstig gewesen.¹³

Den Weg aus den östlichen Teilen der Donaumonarchie über Wien in die „boomenden Provinzstädte“ in den Westen nahmen mehrere Juden/Jüdinnen – auch das Ehepaar Turteltaub etwa kam so nach Innsbruck.¹⁴ Die Biografie Grünmandls ist insofern eine typische Einwanderungsgeschichte. Tirol war hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung ein „reines Zuwanderungsland“.¹⁵ Vor 1867 wurde nur wenigen jüdischen Familien eine Niederlassung erlaubt.¹⁶ Die 1938 in Tirol lebenden Juden/Jüdinnen sind „nur in Ausnahmefällen“ direkt aus dem Osten, Galizien oder Mähren, nach Tirol eingewandert.¹⁷ Die meisten hatten zuerst viele Jahre in Wien gelebt und erst dann ihren Weg nach Tirol gefunden,¹⁸ unter ihnen auch Grünmandl. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges war der Großteil der jüdischen Zuwanderer_innen nach Tirol gekommen, „danach nahm der Zuzug laufend ab.“¹⁹ Auch bezüglich des Alters der jüdischen Bevölkerung Tirols zählt Grünmandl zum Durchschnitt: 1907 war er 24 Jahre alt, das Durchschnittsalter der jüdischen Gemeindemitglieder lag bei 26 Jahren.²⁰ In diese Zeit fiel auch die Institutionalisierung der jüdischen Gemeinschaft in Innsbruck: 1909 wurde erneut ein Antrag zur Errichtung einer selbstständigen Kultusgemeinde gestellt, der jedoch erst 1913 bewilligt wurde.²¹ Eingedenk der Tatsache, dass unter die Selbstbezeichnung „Kaufmann“ ein kleiner Vertreter am Rande des Existenzminimums ebenso wie der Eigentümer des Großkaufhauses Bauer & Schwarz fällt, ist auch Grünmandl ein „Kaufmann“, wie der Großteil der männlichen Erwerbstätigen der jüdischen Bevölkerung.²²

Seine spätere Frau, Christine Katzengruber (geboren am 7. Juli 1892 in Petzenkirchen, Bezirk Melk, Niederösterreich²³), katholischen Glaubens, wurde in eine kinderreiche Familie geboren. Ihre Eltern Josef Katzengruber und Maria, geborene Kreutzer,²⁴ waren in der Landwirtschaft tätig und schickten ihre Tochter Christine sehr jung weg, um Geld zu verdienen, erzählt Enkelin Aglaja Spitaler. Florian Grünmandl bezeichnet dies als ein typisches „Tochterschicksal“ von Bauern/Bäuerinnen. Laut Florian Grünmandl ging Christine zuerst als Kindermädchen nach Meran, laut Spitaler ging sie zuerst in Dienst bei einem Arzt in St. Pölten. Danach zog sie nach Tirol, auch über ihr Migrationsziel lassen sich weder in den Akten noch in den Erinnerungen ihrer Nachkommen Begründungen finden. Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass Katzengruber selbst lediglich auf der sogenannten Familienkarteikarte im Meldeamt in Hall, gemeinsam mit ihrem Mann, eingetragen ist. Es finden sich aber sieben Karteikarten für Personen, die „Katzengruber“ heißen, in Niederndorf geboren wurden und in den 1920er Jahren nach Hall gezogen sind. Hierbei handelt

es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Geschwister von Christine Katzengruber. Sie waren alle in Hall im Haus der Familie Grünmandl gemeldet.²⁵

Die ersten schriftlichen Spuren zu Alfred Grünmandl in Tirol finden sich im Archiv der Christuskirche in Innsbruck:²⁶ am 10. Oktober 1914 traten er und Christine Katzengruber zum evangelischen Glauben über. Im Taufbuch der Christuskirche in Innsbruck findet sich der dementsprechende Eintrag: Grünmandl trat vom „mosaischen“ zum evangelischen Glauben A.B. über. Sein Pate war Ludwig Karner, Küster (Mesner) in Innsbruck. Das lässt vermuten, dass die Taufe ein pragmatischer Schritt war, der schnell erledigt wurde. Die Religion von Grünmandls Eltern, Leopold und Betti Grünmandl, ist außerdem vermerkt: „Israelit“ bzw. „Israelitin“.²⁷ Katzengrubers Berufsbezeichnung ist „Private“²⁸, die für Haushälterinnen oder Hausfrauen verwendet wurde. Die Enkel der beiden erzählen, dass Christine und Alfred der Übertritt zum evangelischen Glauben die Heirat ermöglichte. Es bleibt ungeklärt, weshalb Grünmandl nicht zum katholischen Glauben konvertierte, sondern sich die beiden für evangelisch A.B. entschieden.

Die Trauung fand am 26. Oktober 1914 statt, beide hatten schon ein „evangelisch A.B.“-Religionsbekenntnis. Erneut ist als „Beistand“ Ludwig Karner eingetragen.²⁹ Vielleicht spielten pragmatische Überlegungen für die Konversion ebenfalls eine Rolle, Grünmandl erhoffte sich bessere Chancen als Kaufmann in einer katholischen Kleinstadt in Tirol.³⁰ Spitaler meint, für ihre gläubige Großmutter sei dies kein leichter Schritt gewesen – eine Zeitlang habe sie am Sonntag immer zwei Messen besucht, zuerst die evangelische und dann die katholische. Florian Grünmandl meint, für seinen Großvater habe die evangelische Religion nie eine Rolle gespielt. Er sei in einem jüdischen Umfeld in einer relativ großen jüdischen Gemeinde in Ungarisch Brod aufgewachsen, habe dort aber schon säkularisiert gelebt. Im Oktober 1914 lebten die beiden noch getrennt: Alfred in der Salvatorgasse in Hall, Christine in Absam.³¹ Florian Grünmandl vermutet, dass sie sich über die Anstellung Katzengrubers im Kaffee Kasenbacher kennengelernt hatten.

Den Ersten Weltkrieg verbrachte Alfred Grünmandl als Soldat der Tiroler Infanterie,³² während seine Frau das Geschäft weiter führte und sich um die beiden Kinder kümmerte.³³ Sein Bruder Otto stirbt 23-jährig am 2. Jänner 1915 im Krankenhaus in Hall, sein Grab ist noch heute am jüdischen Friedhof in Innsbruck zu besichtigen, er war nicht konvertiert. Der Eintrag zu seinem Tod in der Sterbe-Matrik der israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck gibt als Todesgrund „Meningitis“ an.³⁴

1919 sucht Alfred Grünmandl mit Schreiben vom 21.7. beim Stadtmagistrat Hall um Aufnahme in den Heimatverband an: er sei in Ungarisch Brod geboren, seine zuständige Gemeinde sei Egbell, Ungarn (das heutige Gbely in der Slowakei, etwa 70 Kilometer von Ungarisch Brod entfernt). Da er sich 1919 als Deutschösterreicher bekannt habe, sei seine bisherige Zuständigkeit hinfällig und eine neue Zuständigkeitsgemeinde notwendig. Er halte sich seit dem 5. Jänner 1907 ununterbrochen in Hall auf, betreibe hier ein „Kaufmannsgeschäft“. Außerdem habe er vom

15. Februar 1915 bis zur Demobilisierung beim 4. Tiroler Infanterie-Regiment ge- dient.³⁵ Grünmandl weist damit auf die seit der Heimatrechtsnovelle von 1867 vorge- schriebene und seinerseits erfüllte, sogar überschrittene Zehn-Jahres-Frist hin sowie auf seine Tätigkeit als Soldat im Ersten Weltkrieg. Sein Hinweis auf die Tätigkeit im Ersten Weltkrieg unterstreicht die Erwartung von „weiten Kreisen der jüdischen Bevölkerung in Österreich ebenso wie im Deutschen Reich“, die Kriegsteilnahme würde zur rechtlichen Gleichstellung von Juden/Jüdinnen beitragen „und dem stän- dig wachsenden antisemitischen Diskurs der vergangenen drei Jahrzehnte Einhalt gebieten“.³⁶ Da Grünmandl aber bereits vor seinem Eintritt als Soldat zum evangeli- schen Glauben A.B. übergetreten war, lässt sich heute nicht mehr feststellen, ob sein ‚alter‘ Glaube überhaupt bekannt war und eine Rolle spielte (Grünmandl also etwa mit anderen jüdischen Soldaten an jüdischen Festlichkeiten teilnahm), ob er seinen ‚neuen‘ Glauben ausübte oder ob Glaube für den Soldaten Grünmandl generell ne- bensächlich war. Den Aussagen beider Enkel zufolge spielte Religion für Grünmandl eigentlich keine Rolle. Ein beiliegender Auskunftsbogen informiert über zwei neue Familienmitglieder, Ludwig (1917 in Hall geboren) und Betty (1918 in Hall gebo- ren), für die ebenfalls die Heimatberechtigung beantragt wird. Der Antrag ist erfolg- reich: das Stadtmagistrat Hall bestätigt der Familie Grünmandl am 6. Oktober 1919 die Aufnahme in den Gemeindeverband Hall.³⁷

Was geschah mit der Familie Grünmandl in der Zeit des Nationalsozialismus? Im März 1938 lebten im Gau Tirol-Vorarlberg mindestens 661 Personen, die nach NS-Rassenhierarchie als „Volljuden“ galten, davon 585 in Tirol; 210 Personen fielen in die Kategorie der „Halbjuden“ oder „Mischlinge 1. Grades“, davon 176 in Tirol. „Insgesamt sind uns also 871 Personen als potentielle Opfer rassischer Verfolgung in Tirol und Vorarlberg namentlich bekannt“.³⁸ Von den 585 „Juden/Jüdinnen“ be- kannten sich nur 379 zum mosaischen Glauben. Die Nazis machten somit aus 127 Personen, die sich als katholisch (87), evangelisch, darunter Alfred Grünmandl (32) oder anderen Bekenntnissen bzw. keinem Bekenntnis zugehörig (8) bezeichneten, „Volljuden“. Diese 127 Menschen „hatten sich entweder überhaupt nie als Juden ge- sehen und als solche gelebt oder dem Assimilationsdruck in der Provinz nachgege- ben und waren konvertiert.“³⁹

Parallel zu den Entrechtungen und Vertreibungen, mit denen die jüdische Bevölkerung in der „Ostmark“ konfrontiert wurde, wurden die „größten Eigen- tumsübertragungen und Vermögensverschiebungen der jüngeren Geschichte Öster- reichs“ umgesetzt. Die Maßnahmen der sogenannten Arisierung zielten darauf ab, Juden/Jüdinnen aus dem wirtschaftlichen Leben zu verdrängen.⁴⁰ Gesetze und Erlässe gaben den Enteignungen einen legalen Anstrich – dazu zählte auch die im April 1938 erlassene „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“, die alle Juden/Jüdinnen mit einem Gesamtvermögen über 5.000 Reichsmark zwang, dieses bei der Vermögensverkehrsstelle anzumelden.⁴¹ Daraufhin wurden etwa „80 Prozent der jüdischen Betriebe in Österreich stillgelegt und nur der ‚wirtschaftlich gesündeste‘

Rest an ‚arische‘ Interessenten übereignet.“⁴² Auch die Familie Grünmandl wurde Opfer von Enteignungsmaßnahmen: Im September 1938 wurde der Betrieb und ein Teil des Vermögens der Familie Grünmandl arisiert. Willy Baumann übernahm den Betrieb samt Warenlager, Grünmandl musste zusätzlich eine Judenvermögensabgabe in der Höhe von 15.000 RM bezahlen.⁴³ Im *Haller Kreis-Anzeiger*, der lokalen NS-Zeitung in Hall, wird im Oktober 1938 das „Kaufhaus Grünmandl, Manufaktur- und Kurzwarengeschäft“ in der Salvatorgasse 11 als „entjudet“ bezeichnet: Der Ariseur Baumann inseriert, er habe das Unternehmen „käuflich erworben“, werde es „in fachmännischer Weise führen“ und sei bestrebt, seine Kunden zufrieden zu stellen.⁴⁴ Laut Auskunft der Grundbuchabteilung des Bezirksgerichts in Hall ging das Haus in der Krippgasse bereits mit Schenkungsvertrag vom 27.12.1918 in den Besitz von Ludwig über.⁴⁵

Die Nacht des 9. Novembers 1938 verbrachte die Familie voller Angst: Spitaler erzählt, die Familie habe mit einem Messer bewaffnet im Hausgang abgewartet, ob auch sie Opfer der „von höchster Stelle angeordneten und von der Partei auf Gau- und Kreisebene organisierten Ausschreitungen“⁴⁶ werden würde. Es kam aber in Hall nicht zu Ausschreitungen. In Innsbruck, nur etwa 10 Kilometer entfernt, wurden beim sogenannten Novemberpogrom drei Menschen ermordet, viele schwer verletzt, die Wohnungen der meisten noch nicht geflohenen Juden/Jüdinnen schwer beschädigt, zwei Geschäfte geplündert und die Synagoge zerstört.⁴⁷ Innsbruck war „im Verhältnis zur Größe der jüdischen Gemeinde mit drei Mordopfern sowie einem vierten Opfer, das später an den erlittenen Verletzungen starb, einer der blutigsten Schauplätze des Novemberpogroms im ganzen Deutschen Reich.“⁴⁸

Vor den Entrechtungen und Vertreibungen von Juden/Jüdinnen wurden diese gezählt und ihre Wohnorte ausgemacht. Die Gestapo Innsbruck wurde mit der „Erfassung“ beauftragt und legte ab 1938 mehrere Listen über Aufenthalt und Auswanderung der Tiroler Juden/Jüdinnen an.⁴⁹ Bereits am 22. März 1938 richtet die Gestapo den Befehl an alle Bezirkshauptmannschaften, für Juden/Jüdinnen österreichischer Staatsangehörigkeit „grundsätzlich“ keine Pässe auszustellen, außerdem seien die bereits ausgegebenen Pässe einzuziehen.⁵⁰ Das Gendarmeriepostenkommando Hall antwortet darauf:

„Nach Fühlungnahme mit der Ortsgruppenleitung der NSDAP in Hall i.T. wurden die Reisepässe der im h.o. Überwachungsrayone wohnhaften Juden und von jenen Personen, bei denen die Vermutung besteht, daß sie Judenabstämmlinge sind, abgenommen und zwar 1.) Kaufmann Alfred Grünmandl in Hall i.T., sowie dessen Kinder Ludwig und Betty. Grünmandl selbst ist Protestant, gab aber zu daß sein Vater Jude war. Seine Gattin ist arischer Abstammung. Die Reisepässe werden gleichzeitig übersendet.“⁵¹

Grünmandls Tochter Betty gelang trotz des Entzugs des Passes 1939 die Emigration nach England, es war geplant, ihre drei Geschwister Ludwig, Otto (geboren 1924 in Hall) und Hertha (geboren 1929 in Hall) nachzuschicken. Florian Grünmandl erzählt, Betty sei über eine Anlaufstelle der Quäker in Wien, die Dienstmädchen Arbeitsstellen im Ausland vermittelte, die Emigration gelungen. Für Otto Grünmandl war ein Visum bereits beantragt und eingetroffen,⁵² aber nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden die Grenzen geschlossen und eine Flucht dadurch verunmöglicht. Die Flucht Bettys wurde im Juli von den Nazis registriert: Betty sei am 1.2.1939 nach Wilmslow (in der Nähe von Manchester) in England verzogen, in die Cleve Carrwood Road und dort als Hausgehilfin bei Mrs. Copley-Smith beschäftigt.⁵³

Im Mai 1938 erging an alle Gendarmeriepostenkommandos im Bezirk Innsbruck die Order, der Bezirkshauptmannschaft „alle im dortigen Rayone ansässigen jüdischen Geschäftsleute unter Angabe des Standortes und der Gewerbeberechtigung“ bekannt zu geben, auch „diejenigen jüdischen Hausbesitzer, welche Teile ihrer Wohnung an Fremde (Sommerfrischler) vermieten.“⁵⁴ Wieder antwortet das Gendarmeriepostenkommando Hall darauf wenige Tage später: es sei nur ein jüdischer Geschäftsmann in Hall, „Alfred Grünmandl in Hall i.T. Salvatorgasse Nr. 11. Er besitzt die Gewerbeberechtigung zum Gemischtwarenhandel, führt aber nur Manufaktur und Schnittwaren.“⁵⁵ Über die Arisierung des Betriebes wurde oben schon berichtet.

Am 22. März 1939 wurden im „Gau Tirol“ noch 21 Juden/Jüdinnen (darunter Alfred Grünmandl) und 15 „Mischlinge“ gezählt, darunter seine vier Kinder in der Krippgasse 12 in Hall.⁵⁶ Ab August 1938 waren Juden/Jüdinnen dazu verpflichtet gewesen, als zweiten Vornamen „Israel“ oder „Sara“ zu führen, in der „Liste der im Kreise Innsbruck-Land wohnhaften Juden“ steht deshalb „Grünmandl Alfred Israel“.⁵⁷

Aus der Bezirkshauptmannschaft war durch die Implementierung des deutschen Systems im April 1939 ein von einem „Landesrat“ geleiteter Landkreis geworden, im Mai 1939 traten die Reichsgaue an die Stelle der Bundesländer.⁵⁸ Im September 1940 erging die Weisung der Gauleitung an den Herrn Landesrat des Landkreises Innsbruck, sich über die „Volkstumslage im Gaubereich“ zu informieren: „Ich bitte Sie daher, mir zu berichten, wie viele Volljuden, Judenstämmlinge, Zigeuner, sowie andere Fremdvölkische bezw. Fremdstämmige (nach Nationen geordnet) sich in Ihrem Kreis derzeit aufhalten.“ Es sei noch nicht geplant, konkrete Maßnahmen umzusetzen, aber mit der Erstellung und Sammlung von Unterlagen könne schon begonnen werden.⁵⁹ Der Landesrat von Innsbruck, namentlich Dr. Hirnigel, gab die Weisung drei Tage später an alle Gendarmerieposten des Kreises Innsbruck weiter.⁶⁰ Weitere drei Tage später antwortete der Gendarmerieposten Hall und entsandte eine Liste aller „im Postenbereiche wohnhaften Juden, Judenstämmlinge, Zigeuner sowie andere Fremdstämmige Personen“, jeweils mit Namen, Geburtsdaten, Wohnort und den nationalsozialistischen Kategorisierungen (Jude/Jüdin oder Zigeuner/Zigeunerin). Auf der Liste befinden sich die Daten von 21 Personen, sechs davon

werden als „Jude/Jüdinnen“ bezeichnet, 15 als „Zigeuner/Zigeunerin“. An erster Stelle befindet sich die Familie Grünmandl: nur Alfred Grünmandl wird mit dem nationalsozialistischen Zwangsvornamen Israel angeführt, sämtliche Familienmitglieder werden jedoch als Jude bzw. Jüdin kategorisiert.⁶¹ Eine weitere Haller Familie scheint auf: Dr. Bruno Kaulbach und seine Frau Maria Kaulbach, als „Jude“ bzw. „Jüdin“.⁶²

Alfred Grünmandl fiel laut NS-Rassenhierarchie in die Kategorie der „Juden in Mischehen“, die selbst für Nazis, so der Historiker Raul Hilberg, eine „strittige Kategorie“ darstellte.⁶³ Es war nicht klar geregelt gewesen, wie die Behörden mit dieser konstruierten Gruppe umgehen sollten. Sollten die „Juden in Mischehen“ wie Juden/Jüdinnen behandelt und im Zuge der „Endlösung“ aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ entfernt, sollten sie ihren arischen bzw. deutschen Partner_innen gleichgestellt oder musste eine Art Sonderlösung gefunden werden? Um diese Fragen zu klären, bestellte Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, beteiligte oder zu beteiligende Stellen erstmals im Jänner 1942 zu einer Konferenz.⁶⁴ Das Thema des Umgangs vor allem mit sog. Mischlingen ersten Grades und Juden/Jüdinnen in sog. Mischehen entzweite die Beteiligten und wurde auf zwei weiteren Konferenzen, im März 1942 und im Oktober 1943, weiter diskutiert.⁶⁵ Das Schicksal der Juden/Jüdinnen in Mischehen war eng mit jenem von sog. Mischlingen 1. Grades verknüpft: Alfred Grünmandls Kinder wurden als solche definiert, da ihr Vater, unabhängig von seiner Konversion zum evangelischen Glauben, den Nazis als Jude galt. Aufgrund seiner Verhehlung mit einer „deutschblütigen“ Frau zählte er, so eine Weisung von Hermann Göring, zu den als privilegiert eingestuften Juden in Mischehen: der jüdische Ehemann einer deutschen Frau, aus deren Ehe mehrere Mischlinge 1. Grades hervorgegangen waren (Ludwig, Betty, Otto und Hertha). Auch als privilegiert galten jüdische Ehefrauen von deutschen Männern, sofern Kinder als Mischlinge 1. Grades geboren wurden oder die Ehe kinderlos geblieben war. Die Rechte von männlichen Juden in Mischehen wurden gegenüber Jüdinnen in Mischehen sogar noch weiter außer Kraft gesetzt.⁶⁶

Um den Umgang mit Grünmandl im Nationalsozialismus nachvollziehen zu können, müssen die drei Konferenzen berücksichtigt werden, die drastische Auswirkungen auf die brodelnde antisemitische Stimmung hatten, denn sie bewogen einige Akteure zu eigenmächtigen konkreten Maßnahmen gegen Juden/Jüdinnen. Die erste Konferenz im Jänner 1942 änderte die eingeschlagene Richtung radikal: Alle Teilnehmer waren „vom Geist der ‚Endlösung‘ ergriffen“ und diskutierten vor allem Zwangssterilisationen von Mischlingen 1. Grades. Die Konferenzrunde beschloss, „alle in Mischehen lebenden Juden zu deportieren.“⁶⁷ SS-Obergruppenführer Wilhelm Stuckart schlug am Ende der Konferenz noch vor, alle Mischehen als geschieden erklären zu lassen, und entfachte damit eine neue Kontroverse: SS und Gestapo teilten das Interesse an den Zwangsscheidungen, auch um die darauf folgende Deportation der Juden/Jüdinnen besser geheim zu halten, Justiz- und Propagandaministerium stellten sich gegen den Vorschlag, die Gerichte fühlten sich übergangen und das

Propagandaministerium warnte vor einer Intervention des Vatikans und kritisierte das Missachten der verschiedenartigen Einzelfälle.⁶⁸ Außerdem, so die Stellungnahme des Propagandaministeriums, wären die Gerichte überfordert mit den Scheidungsverfahren, gingen die nicht-jüdischen Ehepartner_innen vor Gericht.⁶⁹ Hier schwang die Angst vor einer heftigen Reaktion der nicht-jüdischen Deutschen mit, die sich gegen diese Zwangsmaßnahmen richten könnte. „Im Vorgriff auf die erwartete Verordnung traf das RSHA [Reichssicherheitshauptamt] Vorkehrungen für die Deportation der Mischehe-Juden.“ Und „die immer ungeduldiger werdende Gestapo“ ergriff im März 1943 in Berlin eine Handvoll Juden/Jüdinnen, denen eigentlich ein privilegierter Status zugesprochen worden war, und deportierte sie. Propagandaminister Joseph Goebbels war ratlos, wie die Situation gehandhabt werden sollte, und wollte die Entscheidung Hitler überlassen. Der jedoch lehnte es ab, sich mit der Frage zu beschäftigen.⁷⁰

Neben den beiden ersten Konferenzen trugen die militärische Katastrophe von Stalingrad und die Proklamation des „totalen Kriegs“ am 18. Februar 1943 dazu bei, eine Stimmung zu generieren, in der Gauleiter Franz Hofer seinen unbedingten Wunsch, den Gau Tirol-Vorarlberg Hitler zum Geburtstag „judenrein“ präsentieren zu können, in die Tat umsetzen wollte.⁷¹ So ging nicht nur die Gestapo in Berlin gegen eigentlich geschützte Juden/Jüdinnen vor: Im April und Mai 1943 kam es in Tirol zur sogenannten „Osteraktion“ der Gestapo.⁷² Den Start gab ein Zellenabend der NSDAP am 10. April 1943, an dem vor allem die vermeintliche vom Judentum ausgehende Gefahr besprochen wurde, hierauf wurden elf jüdische Häftlinge aus dem Innsbrucker Polizeigefängnis ins Arbeitserziehungslager Reichenau überstellt. Es handelte sich vor allem um slowakische und deutsche Juden/Jüdinnen, die bei dem Versuch der Flucht ins Ausland von der Gestapo an der Grenze aufgegriffen und verhaftet worden waren und teilweise bereits zwei Monate im Gefängnis verbracht hatten. Die meisten von ihnen wurden zwei Tage später mit einem Transport nach Dachau überführt und in einem Vernichtungslager getötet.⁷³ Offensichtlich wurde von Hofer angeordnet, sämtliche noch im Gau lebende Juden/Jüdinnen zu inhaftieren. Dieser „Alleingang der Innsbrucker Gestapo im April und Mai 1943 stellte eine Besonderheit in der Verfolgungspolitik dar: Zu Ostern 1943 galt in Tirol-Vorarlberg plötzlich der Schutz eines ‚arischen‘ Ehepartners nicht mehr.“⁷⁴ Ausgeführt wurde die Aktion von Werner Hilliges, SS-Obersturmführer und Chef der Innsbrucker Gestapo. Er „ließ schrittweise im ganzen Gaugebiet alle jüdischen Ehepartner – mehrheitlich ältere Frauen, die in geschützten ‚privilegierten Mischehen‘ lebten –, auf Basis fingierter ‚Schutzhaftbefehle‘ verhaften und ins Lager Innsbruck/Reichenau einliefern.“⁷⁵ Bei seiner Einvernahme nach Kriegsende behauptete Hilliges, er habe für die Maßnahme eine schriftliche Weisung des Inspektors der Sicherheitspolizei in Salzburg erhalten. In dieser habe gestanden, dass das Reichssicherheitshauptamt entschieden habe, auch gegen Juden/Jüdinnen in privilegierten Mischehen vorzugehen, diese festzunehmen und die Einweisung in ein Konzentrationslager zu bean-

tragen.⁷⁶ Die Aktion sollte geheim gehalten werden, um Unmut und Aufruhr in der Öffentlichkeit zu vermeiden. So sollten für die Verhafteten nach ihrer Einlieferung ins Lager Schutzhaftanträge nach Berlin geschickt werden, mit einschlägigen Begründungen, etwa falsches Verhalten gegenüber „arischen“ Hausbewohner_innen.

„Die Geheimaktion blieb nicht lange ‚geheim‘, wie der SD in seinen Wochenberichten ab Anfang Mai besorgt feststellen musste. Vor allem der gemeinsame Selbstmord des Ehepaares Teuber nach Erhalt des ‚Schutzhaftbefehls‘ für die Ehefrau sorgte für Aufsehen.“⁷⁷

Die Maßnahmen trafen in der Öffentlichkeit nicht auf große Zustimmung: „Familienmitglieder und Freunde setzten seit Beginn der Verhaftungen alle Hebel in Bewegung – von Interventionen bei Parteistellen in Innsbruck bis zur Vorsprache im Reichssicherheitshauptamt in Berlin –, um die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen.“ Die Interventionen aus der Bevölkerung Tirols wunderten Hilliges sogar noch rückblickend – bei seiner Einvernahme nach dem Ende des Krieges erinnert er sich, „wegen dieser Juden“ hätten sich „alle möglichen Leute, merkwürdigerweise auch höhere Partei- und SS-Funktionäre“, um Freilassungen bemüht.⁷⁸ Fast alle Personen, die nach der „Osteraktion“ wieder freigelassen worden waren, machten dafür Personen verantwortlich, die sich an der richtigen Stelle für sie eingesetzt hatten.⁷⁹ Der Abbruch der Aktion erfolgte durch einen Anruf von SS-Gruppenführer Heinrich Müller aus dem Reichssicherheitshauptamt – er teilte Hilliges mit, der Schutz für Juden/Jüdinnen in Mischehen sei nach wie vor aufrecht und die Festgenommenen seien zu entlassen.⁸⁰ Für sechs Menschen kam der Abbruch der Aktion zu spät: sie wurden ermordet, begingen Selbstmord oder starben an den Folgen der erlittenen Misshandlungen.⁸¹

Aufgrund der Erkenntnisse der Forschung ist heute klar, dass Grünmandl im Zuge der Verhaftungswelle der „Osteraktion“ vier Wochen im Lager Reichenau festgehalten wurde, weil er von den Nazis als „Jude“ in einer „Mischehe“ kategorisiert wurde. Die überlieferten Schriftstücke im Opferfürsorgeakt geben unterschiedliche Gründe für die Einweisung an, verweisen jedoch nicht auf die „Osteraktion“, die erst später bekannt wurde. Vorher hatte er noch Zwangsarbeit bei Maurermeister Fröschl geleistet⁸² – über Dauer und Art der Arbeiten konnten leider keine weiteren Informationen eruiert werden. Grünmandl war bereits knapp 60-jährig, ein Kaufmann, der wohl nicht die für die Bauwirtschaft nötigen körperlichen Voraussetzungen mitbrachte. Die Zeit als Zwangsarbeiter kann für seine gesundheitlichen Schäden, mit denen er nach 1945 zu kämpfen hatte, mitverantwortlich gemacht werden.

Es ist nicht klar, ob die Anordnung von Müller, Grünmandls Gesundheitszustand oder Vorsprachen von Freunden schließlich zur Entlassung Grünmandls führten. Florian Grünmandl erzählt, ein Kamerad seines Großvaters aus dem Ersten Weltkrieg sei mit Gauleiter Hofer verwandt gewesen, der habe die Entlassung bewirkt. Otto

Grünmandl meint, sein Vater sei so schwer krank gewesen, dass er sozusagen zum Sterben nach Hause geschickt wurde. Alfred Grünmandl schreibt in seinem Ende 1945 gestellten Antrag auf Wiedergutmachung von schweren gesundheitlichen Schäden, die er während der Inhaftierung erlitten habe, darunter auch ein Leistenbruch, dadurch sei er „gänzlich arbeitsunfähig“.⁸³ Spitaler vermutet ebenfalls, dass ihr Großvater „zum Sterben entlassen“ wurde. Sie erzählt außerdem von den Beziehungen seines Sohnes Ludwig, der als ausgebildeter Koch für höhere NS-Funktionäre tätig gewesen war und so vermutlich eine Art Vertrautheit mit einem NS-Funktionär hatte aufbauen und für die Freilassung seines Vaters, gemeinsam mit seiner Mutter, hatte intervenieren können. Der Familie sei die Erlaubnis erteilt worden, Grünmandl vom Lager abzuholen, ihnen sei aber nicht erlaubt gewesen, die Straßenbahn zu benutzen. Die Behandlung im Krankenhaus sei ihnen auch verwehrt gewesen, die Lagerleitung dürfte davon ausgegangen sein, dass Grünmandl bald sterben werde. Seine Enkel erzählen von hilfsbereiten Nachbar_innen und Bauern/Bäuerinnen, die zur Gesundung von Grünmandl beitrugen: an prominenter Stelle steht Dr. Viktor Schumacher, der ihn medizinisch behandelte (er wirkte von 1927 bis 1938 als Stadtarzt in Hall und wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges Bürgermeister von Hall⁸⁴). Außerdem gab es einen Bauern in der Umgebung, der für Grünmandl Milch versteckte, da dieser nur noch flüssige Nahrung zu sich nehmen konnte. Aber nicht alle waren der Familie Grünmandl wohl gesinnt: Spitaler erzählt, ihr Großvater sei einmal von einem Mieter angezeigt worden, da er sich kurz im Hof des Hauses zeigte, um frische Luft zu schnappen. Otto Grünmandl, Alfreds Sohn, wurde noch 1944 (er wurde am 16. Oktober 1944 inhaftiert und kam am 19. Mai 1945 zurück nach Hall⁸⁵) zur Zwangsarbeit in die Braunkohlewerke bei Rositz (in Thüringen) gebracht.⁸⁶ Auch Otto Grünmandl stellte einen Antrag auf Amtsbescheinigung und Haftentschädigung.⁸⁷

Fast ein halbes Jahr nach Alfred Grünmandls Entlassung aus dem Lager Reichenau kam es im Oktober 1943 zur dritten Konferenz, auf der trotz des zähen Widerstandes von Justiz- und Propagandaministerium die Beschlüsse der zweiten Konferenz bekräftigt wurden und die Stimmung jener angeheizt wurde, die sich für eine weite Auslegung der Begründung für eine Deportation einsetzten.⁸⁸ Dennoch wurde das geplante Scheidungsverfahren schlussendlich nicht verwirklicht. Mischlinge und Juden/Jüdinnen in Mischehen entgingen dem Schicksal, das Heydrich ihnen zgedacht hatte:

„Mischlinge wurden gerettet, weil sie mehr deutsch als jüdisch waren; die Juden in Mischehen blieben am Ende verschont, weil sich das Gefühl breit machte, ihre Deportation könne letztlich den gesamten Vernichtungsprozeß gefährden. Es zahlte sich einfach nicht aus, die Geheimhaltung des gesamten Unternehmens um der Deportation von 28000 Juden willen zu opfern, von denen einige zudem so alt waren, daß sie womöglich vor Abschluß der Aktion auf natürlichem Weg sterben würden.“⁸⁹

Irma Krug-Löwy zum Beispiel lebte in Innsbruck in einer sogenannten Mischehe. Sie konnte der Inhaftierung entgehen, aufgrund ihrer minderjährigen Kinder und der Ehe mit Josef Krug, der sich nicht von ihr scheiden ließ.⁹⁰

Die Familie Grünmandl überlebte die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Hall. In dem Wohnhaus in der Krippgasse konnte durch Mieter_innen ein wenig Geld eingenommen werden, Christine Grünmandl nahm, neben der Führung des Haushalts und der Betreuung von Kindern und Mann, keine zusätzliche Erwerbsarbeit an.⁹¹



Alfred Grünmandl mit seinen beiden Söhnen Ludwig (li) und Otto (re), ohne Datum, Urheber_in unbekannt. Orig. in Privatbesitz.

Am 4. Dezember 1945 stellte Alfred Grünmandl einen Antrag auf Wiedergutmachung. Den Akten sind u.a. Informationen über Grünmandls Leben nach dem Zweiten Weltkrieg zu entnehmen. Erwähnenswert sind vor allem die unterschiedlichen Gründe, die Grünmandl in den Schriftstücken im Opferfürsorgeakt für seine Einweisung ins Lager Reichenau angibt. Sie sagen wenig aus über die Einweisung im April 1943, die ja bereits als Teil der „Osteraktion“ beschrieben wurde, aber viel über den Umgang mit Opfern des Nationalsozialismus in Österreich nach 1945. Die wechselnden Begründungen betreffend den Opferstatus Grünmandls erklären

sich teilweise aus der offiziellen Definition von Opfern des Nationalsozialismus, denen eine Wiedergutmachung zustand. Dieser Definition liegt wiederum der Antisemitismus zugrunde, der in Österreich lange vor der „Ostmark“ aufkam und nicht mit der Ermordung von Millionen Juden/Jüdinnen in der Shoa endete – es gab „keine ‚Stunde Null‘ des Antisemitismus“⁹². Auch der Umstand, dass man mit der Moskauer Deklaration Österreich zum „ersten Opfer“ des Nationalsozialismus erklärte, hatte Auswirkungen auf den Umgang mit NS-Opfern und ehemaligen Nazis.⁹³ Österreich konzentrierte sich auf die Gruppe der politischen Opfer des Nationalsozialismus, auf Personen, die aufgrund ihres Widerstands gegen das NS-Regime Schaden erlitten hatten – Juden/Jüdinnen, auch Roma/Romnija und Sinti/Sintize, waren nicht nur im öffentlichen Diskurs nicht vorhanden, sie blieben bis Anfang 1946 auch „von kontinuierlichen staatlichen Unterstützungsleistungen ausgeschlossen“⁹⁴. Andere Opfergruppen, wie Zeug_innen Jehovas, Homosexuelle oder sogenannte Asoziale, waren noch länger mit der Verweigerung ihrer Anerkennung als Opfer konfrontiert.⁹⁵ In dem am 17. Juli 1945 veröffentlichten Gesetz „über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich“⁹⁶ wurden lediglich Widerstandskämpfer_innen als Opfer anerkannt. Der Personenkreis wird im Gesetzestext folgendermaßen definiert:

„Als Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich sind Personen anzusehen, die um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewußtes Österreich, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus mit der Waffe in der Hand gekämpft oder sich rückhaltlos in Wort oder Tat eingesetzt haben“

und dadurch vom NS-Regime Schäden erlitten hatten.⁹⁷ Die in Österreich regierenden Parteien einigten sich „bei der Schaffung des Mythos vom österreichischen Widerstand auf einen Opferbegriff ohne Juden.“⁹⁸ Grünmandl gibt in seinem Antrag auf Wiedergutmachung, die gesetzlich festgelegte Definition eines Opfers des Nationalsozialismus gewissermaßen ignorierend, seine „Angehörigkeit zur jüdischen Rasse“ als Grund für die Inhaftierung an.⁹⁹ Grünmandl unterstreicht sein Recht auf Wiedergutmachung, indem er auf die Wochen im Reichenauer Lager verweist:

„Ausserdem teile ich mit, dass ich während meiner Inhaftierung im KZ schwer gesundheitlich geschädigt wurde und mir dort auch einen Leistenbruch zugezogen habe, sodass ich heute gänzlich arbeitsunfähig bin. Meine Entlassung erfolgte nach der Untersuchung in der Klinik in Innsbruck, wo ich als arbeits- und lagerunfähig erklärt wurde.“¹⁰⁰

Am 29. Jänner 1947 bekräftigt Grünmandl, dass er „aus rassischen Gründen“ verfolgt worden sei.¹⁰¹

Im Schreiben vom 3. Juli 1947 ändert Grünmandl die Argumentation: seine jüdische Abstammung sei der Gestapo bekannt gewesen, seine Inhaftierung muss politischer Natur gewesen sein. Er sei bereits Anfang 1940, über Anzeigen einer „Postinspektorsgattin“, zwei Mal zur Gestapo vorgeladen worden. Der zuständige Beamte habe ihm gedroht, ihn beim geringsten weiteren Anlass nach Dachau zu verschicken. Er sei im April 1943 im Lager Reichenau auf denselben Beamten getroffen, der ihm erklärt habe, dass gegen ihn „Erhebungen gepflogen werden“.

„Bei meiner Enthaftung erklärte mir derselbe Beamte in Gegenwart meines Sohnes Ludwig, der infolge meiner Schwäche zu meinem Heimtransport gerufen wurde: ‚Bilden Sie sich ja nicht ein, daß Sie herausgekommen wären, wenn Sie nicht so schwer erkrankt wären und lassen Sie sich ja nicht wieder mit anderen Leuten sehen.‘ Woraus klar hervorgeht, daß bei meiner Verhaftung politische Gründe schwer in die Waagschale gefallen sind.“¹⁰²

Er stellte sich als Widerstandskämpfer dar und führt drei Zeugen für seinen „aktiven Einsatz für ein freies Österreich vor“ seiner Verhaftung an: Herrn Oberst Alfons Marinovich, Herrn Franz Hone (Justizoberinspektor in Hall) und Herrn Heinz Mayer (Obmann des Bundes der Opfer Innsbruck).¹⁰³

Das Bundesministerium erklärt am 22. April 1947, das Lager Reichenau sei kein Arbeitslager gewesen, sondern ein Anhaltelager, daher sei anzunehmen, dass „politische Gründe seiner Anhaltung zugrunde lagen.“ Es sei außerdem nicht üblich gewesen, Personen, die aus „rassischen Gründen“ in Anhaltelagern waren, auf Grund von Erkrankung zu entlassen, „solche Fälle wurden im allgemeinen glatt liquidiert.“ Das Bundesministerium bestätigt Grünmandls Einsatz „für ein freies, demokratisches Österreich“, sein Ansuchen solle „ohne weiteres aufrecht erledigt werden.“¹⁰⁴ Es bezieht sich hier auf das Ansuchen Grünmandls vom 29. Jänner 1947, in dem dieser um die Amtsbescheinigung bittet, die notwendig ist, um Begünstigungen nach dem Opferfürsorgegesetz zu erlangen; er möchte damit sein Geschäft wieder aufbauen und die Existenz für seine 6-köpfige Familie sichern.¹⁰⁵ Ein Freund Otto Grünmandls, Peter Zwetkoff, bestätigt in einem handgeschriebenen Brief vom 15. Juni 1947, Alfred Grünmandl habe „die von Herrn Otto Grünmandl und mir geleitete Widerstandsgruppe durch Rat und Tat aktiv nach besten Kräften unterstützt“, er habe an Zusammenkünften teilgenommen und der Gruppe Lebensmittel und Geld gegeben.¹⁰⁶ Der „Bund der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung in Tirol“ bescheinigt Zwetkoff, ein kommunistischer Widerstandskämpfer gewesen zu sein, der als Fünfzehnjähriger von den Nazis verhaftet worden war.¹⁰⁷ Einen Monat später bekräftigt der Bund seine Darlegung: Grünmandl sei „stets Anhänger der Sozialdemokratie“

gewesen und habe „aus seiner Einstellung auch während der Nazizeit kein Hehl“ gemacht. Deswegen und auf Grund der Bestätigung Zwetkoffs ist sich der Obmann des Bundes sicher, dass Grünmandl „weniger aus rassistischen Gründen, sondern vielmehr wegen seinen politischen Überzeugungen“ in Haft gewesen sei.¹⁰⁸

Das Opferfürsorgegesetz von 1945 schrieb vor, die Bezirksverwaltungsbehörde habe zu überprüfen, ob die ansuchende Person in den als Opfer zugelassenen Personenkreis hineinfalle, und gegebenenfalls daraufhin eine „Amtsbescheinigung“ auszustellen.¹⁰⁹ Nur mit dieser konnte „Hilfe bei Gründung, Wiederaufrichtung und Stützung der wirtschaftlichen Existenz“¹¹⁰, auf die sich Grünmandl in seinem Brief bezog, beantragt werden. Personen, die keine Widerstandskämpfer_innen gewesen waren, war es nicht möglich, eine Amtsbescheinigung zu erlangen. So erklären sich die Bemühungen Grünmandls, aus seiner Inhaftierung einen Akt des politischen Widerstandes zu machen. Ende August 1947 bekam Grünmandl diese Amtsbescheinigung als Opfer des Nationalsozialismus¹¹¹ – somit noch vor Inkrafttreten des neuen Opferfürsorgegesetzes am 1. September 1947, das auch Personen als Opfer anerkannte, die während der Zeit des Nationalsozialismus „aus Gründen der Abstammung, Religion oder Nationalität [...] zu Schaden gekommen sind“.¹¹² Juden/Jüdinnen mussten also nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwei Jahre auf eine Anerkennung als Opfer warten.¹¹³ Viele verfolgte oder geschädigte Juden/Jüdinnen waren mit dem Argument, sie „hätten wegen ihrer Abstammung auch als politisch unzuverlässig gegolten und wären deshalb ins KZ gekommen, [...] zu aktiven Gegnern des Nationalsozialismus undefiniert [worden] und konnten so als Beweis eines österreichischen Widerstandes herangezogen werden“. Thomas Albrich bezeichnet deshalb österreichische Juden/Jüdinnen als erstes Opfer der österreichischen Interpretation der Moskauer Deklaration.¹¹⁴

Grünmandl berichtet in einem Dokument im Opferfürsorgeakt, er sei im „Bund der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung“ tätig gewesen und 1947 zum Mitglied des Vorstands der Bezirksstelle Innsbruck gewählt worden.¹¹⁵ In den nach 1945 entstandenen Verbänden bildete dieser Bund eine Ausnahme, da er unterschiedliche Opfergruppen in sich vereinigte.¹¹⁶ Nach dem Inkrafttreten des neuen Opferfürsorgegesetzes 1947 wurde im Bundesministerium für soziale Verwaltung eine sogenannte Opferfürsorgekommission eingesetzt, der Vertreter_innen des Bundesministeriums und des „Bundes der politisch Verfolgten“ (der österreichweiten Dachorganisation aller in den Bundesländern tätigen Verbände von KZ-Überlebenden und politisch Verfolgten) angehörten – ihr kamen wichtige Aufgaben zu, wie die Beratung und Überwachung der Anwendung des Opferfürsorgegesetzes.¹¹⁷ In der seit 1948 erscheinenden Verbandszeitschrift des „Bundesverbandes österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus“, *Der neue Mahnruf*¹¹⁸, wurde auch über den Tiroler Landesverband berichtet, der Name Grünmandl ist hier nicht zu finden. Es existiert eine Mitglieder-Liste vom „Bund der Opfer“, die Alfred, Otto und Hertha Grünmandl unter den 351 Mitgliedern im Kreis

Innsbruck-Land auflistet.¹¹⁹ Es bleibt unklar, welche Rolle Grünmandl im „Bund der Opfer“ spielte.

Im Oktober 1947 stellt Grünmandl den Antrag auf Rückstellung des 1938 enteigneten Hauses in der Salvatorgasse 11, genau genommen auf die grundbücherliche Übereignung des Wohn- und Geschäftshauses sowie auf eine Ersatzleistung des entzogenen Warenlagers und für weitere Vermögensverluste.¹²⁰ Als „Entzieher“ führt er den inzwischen verstorbenen angeblichen SS-Angehörigen Wilhelm Baumann, Kaufmann in Mühlau, an. Die gesetzlichen Erben, seine wieder verheiratete Witwe Hedwig Balut und sein Sohn Günther Baumann, werden als „Antragsgegner“ bezeichnet. Grünmandl schreibt, ihm sei 1939 die Unterschrift unter die Kaufvertragsurkunde quasi aufgezwungen worden, außerdem habe die Entrechtung „als Abstammungsverfolgter“ einen „beträchtlichen Aufwand“ an Abgaben und Anwaltskosten, etwa die Beurkundung des Kaufvertrags und die Finanzierung eines eingesetzten Treuhänders, verursacht, die, so Grünmandl, „immer wieder mir, dem recht- und hilflosen Opfer des Nazismus“ angelastet worden seien. „Die Mithilfe der Rechtsanwälte Dr. Punt und Dr. Ferraris bei der Entziehung (lit a) und beim Einsatz jüdischer Vermögen (lit b) ist als tätige Beihilfe bei Massnahmen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu behandeln, welche die Grundrechte jeder Demokratie verletzen.“¹²¹ Im Rückstellungsakt werden viele Zahlen verhandelt: der Kaufpreis des Hauses, das Warenlager, ein laufender Hypothekarkredit, es geht auch um Details wie eine Schreibmaschine. Die Beiträge variieren sehr, Antragsteller und Antragsgegner_innen führen zudem verschiedene Zahlen an, was die Verwirrung vergrößert. Es ist nicht klar, wem zuzustimmen ist, aber es ist herauslesbar, dass mit diesen penibel aufgeschlüsselten Angaben im Prozess argumentiert wurde, da schlussendlich eine konkrete Summe beschlossen wurde. Die Argumente jenseits der Angaben von Schilling bzw. Reichsmark sind aber für ein Stimmungsbild über Antragsteller und Antragsgegner_in aussagekräftig. Die Antragsgegnerin Balut schiebt jegliche Schuld von sich, sie habe nichts mit den Geschäften ihres Mannes zu tun gehabt und ihr Mann habe sicherlich rechtens gehandelt, er sei auch nicht bei der SS gewesen. Sie äußert außerdem, Grünmandl habe genug Geld und Eigentum besessen, trotz des verkauften Hauses in der Salvatorgasse – Grünmandl habe zwei Häuser in Hall besessen, das eine habe er immer noch, und das andere habe ihr Mann Grünmandl am 4. August 1939 abgekauft,

„nachdem längere Zeit Vorverhandlungen gepflogen wurden. In welchem Grad Herr Grünmandl Jude ist und inwieweit er aus rassistischen Gründen Verfolgungen ausgesetzt war ist mir nicht näher bekannt. Jedenfalls hat er sein zweites Haus behalten und bezog aus dem Verkauf des einen Hauses Salvatorgasse 11 vom Amte monatlich eine Rente von angeblich 400RM. Nicht bekannt ist mir, ob Herr Grünmandl das Haus Salvatorgasse 11 vollständig freiwillig verkaufte oder unter Druck.“¹²²

Interessanterweise schreibt Balut, ihr Mann habe auf eine Bitte Grünmandls hin für ihn die zu zahlende Judenvermögensabgabe beglichen.¹²³ Im Schriftverkehr von Grünmandl selbst ist von dieser Hilfeleistung der Baumanns nicht die Rede. Es klingt aber auch der Topos einer jüdischen Verschwörung an, vor allem in einem Schreiben, in dem Balut über beschlagnahmtes Geschirr und Wäsche schreibt, die Grünmandl veranlasst habe:

„Nach Kriegsende 1945 war in Hall der Delege du Gouvernement Militaire in Hall der französische Aspirant Langzam, gegen den dann nachträglich eine Untersuchung eingeleitet worden sei. Grünmandl stand mit ihm gut und veranlasste durch ihn bei mir mehrere Hausdurchsuchungen nach Stoffen, die Grünmandl gehören sollten.“¹²⁴

Mit der Nennung des Namens Langzam und dem Hinweis auf eine juristische Untersuchung sowie den freundschaftlichen Kontakt deutet Balut an, es handle sich hier um eine jüdische Verschwörung, deren Opfer sie geworden sei.

Auch die Argumentation von Rechtsanwalt Dr. August Mayr, der Wilhelm Baumann bzw. Hedwig Balut rechtlich vertrat, ist aufschlussreich: nach Kriegsende habe er die Schlüssel zum Geschäft von den vorherigen Mietern nicht übernehmen wollen, da es sich „um offenkundiges Rückstellungsgut“ gehandelt habe. Er habe die Schlüssel sofort Herrn Magistratsdirektor Dr. von Verdross übergeben, dieser dürfe sie an Grünmandl weitergeben haben, so Mayr.¹²⁵ Offenbar war nach Kriegsende allen Akteur_innen bewusst, dass es sich beim Haus in der Salvatorgasse um „Rückstellungsgut“ handelte, dieses Wissen scheint beim Verkauf 1938 keine Rolle gespielt zu haben. Nach Kriegsende wurden einfach, ohne ein juristisches Verfahren anzustreben oder abzuwarten, die Geschäftsschlüssel dem ehemaligen Besitzer zurückgegeben.

Grünmandl unterstreicht die Rolle Baumanns als Angehöriger einer der paramilitärischen Verbände der Partei im Prozess der Arisierung. Baumann sei „S.A. Mann“ gewesen, er habe beim Begräbnis des in der sogenannten „Höttinger Saalschlacht“ getöteten S.A. Mannes Sylvester Fink als Kranzträger teilgenommen.¹²⁶ Außerdem sei er „wegen illegaler Umtriebe während der Verbotsjahre 14 Tage in Haft“ gewesen, sei „von der Gauleitung der NSDAP als ‚alter Kämpfer‘ anerkannt“ worden und habe die „Erinnerungsmedaille zum 13.3.1938“ erhalten.¹²⁷

Dass Baumann bereits vor 1938 Mitglied einer NS-Organisation war, ist wahrscheinlich: Sowohl in der Mitglieiderkartei der NSDAP als auch in der Gaukartei konnte eine Karteikarte für Willi Baumann (geboren am 25. Jänner 1915) gefunden werden. Hier wird die Aufnahme Baumanns in die NSDAP auf den 1. Mai 1938 datiert, seine Mitgliedsnummer ist 6.104.148.¹²⁸ Die Mitgliedsnummer (eine 6-Millionen-Nummer) weist ihn höchstwahrscheinlich als einen der „Illegalen“ aus, die vor dem Zusammenschluss Österreichs mit NS-Deutschland einer der verbote-

nen Organisationen angehört hatten, auch das Aufnahmedatum ist das für „Illegale“ vorgesehene Beitrittsdatum.¹²⁹ Mehrere Fragen können aber nicht beantwortet werden: Wann trat Baumann welcher NS-Organisation bei, bei welchen Aktionen beteiligte er sich, lag es an seiner frühen Mitgliedschaft, dass er Grünmandls Haus billig kaufen konnte?

Im Mai 1948 wurde ein Vergleich geschlossen, der bei der öffentlichen Verhandlung vor dem Landesgericht Innsbruck im August 1948 unterzeichnet wurde. Die Antragsgegner_innen anerkennen „den Besitz des Antragsstellers an dem entzogenen und physisch bereits zurückgestellten Vermögen“ und willigen ein, das Eigentumsrecht auf das Haus in der Salvatorgasse 11 Grünmandl zu übertragen. Der Antragsteller verpflichtet sich im Gegenzug, der Bank für Tirol und Vorarlberg 2.000 S zu bezahlen. Die Bank für Tirol und Vorarlberg willigt ein, das Pfandrecht für die Forderung der Tiroler Landesbank aus dem gewährten Kredit zu löschen, sobald der Antragsteller 2.000 S bezahlt habe.¹³⁰

Am Ende des verwirrenden Prozesses, in dem alle Beteiligten mit verschiedenen Zahlen jonglieren, stehen 2.000 S, die Grünmandl der Bank für Tirol und Vorarlberg zahlen muss. Unklar bleibt dabei einerseits, wie der Betrag zustande kam, und andererseits, welche Zahlungen die Bank für Tirol und Vorarlberg übernahm, ob sie etwa die Beträge an Grünmandl überwies, zu deren Zahlung er gezwungen war (Kosten für Treuhänder, Kaufvertrag und Anwälte). Den Akten kann nicht entnommen werden, dass Balut und Baumann Grünmandl etwas zurückzahlen mussten.

Ein Blick auf die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten hilft, die Lage einzuschätzen: Die Lebenshaltungskosten wöchentlich, hier berechnet für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien, betragen 1948 etwa 190 Schilling.¹³¹ Eine vage Rechnung ergibt, dass die sechsköpfige Familie Grünmandl 1948 für einen Monat etwa 800 Schilling aufwenden musste. Die 2.000 S, die Grünmandl zahlen musste, waren also in etwa die Lebenshaltungskosten für zwei Monate. Manche Ausgaben waren im Vergleich sehr teuer, ein Paar Schuhe kostete etwa 150 Schilling.¹³² Dadurch lässt sich auch erklären, dass Grünmandl im Februar 1948 die Ausstellung eines Bezugsscheines für einen Anzug, Schuhe und Leibwäsche beantragte.¹³³ Die 2.000 S waren somit keine Summe, der lediglich Symbolcharakter zuzusprechen ist.

Das Textilgeschäft konnte sich nach 1945 erholen. Alfred Grünmandl stirbt 76-jährig am 8. November 1959.¹³⁴ Nach seinem Tod wird der Betrieb von anderen Familienmitgliedern weiter geführt, maßgeblich von seiner Frau. Sie stirbt mit 81 Jahren am 30. März 1973 in Innsbruck.¹³⁵ Laut Spitaler wurde in der Familie über den Zweiten Weltkrieg nicht gesprochen. Sie bezeichnet die Stimmung der Großeltern als getrübt, als „depressive Toleranz“, auch aktuellen politischen Ereignissen seien die beiden mit einer resignativen Haltung begegnet.¹³⁶

Anmerkungen

- 1 Zu Otto Grünmandl vgl. den Beitrag von Ulrike Tanzer in diesem Band.
- 2 Vgl. Eintrag Taufbuch II, Seite 208, Nr. 0, Archiv der Christuskirche Innsbruck.
- 3 Vgl. Klaus-Dieter Aliche: Ungarisch Brod (Mähren). Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, Winsen 2014. Online unter <http://www.juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/u-z/1980-ungarisch-brod-maehren> (31.3.2015).
- 4 Telefongespräch von Verena Sauer mann mit Florian Grünmandl, Innsbruck, 21.4.2015. Alle weiteren Aussagen von Florian Grünmandl sind diesem Telefongespräch entnommen.
- 5 Alfred Grünmandl, historische Meldeunterlagen, Stadt- und Landesarchiv Wien.
- 6 Ludwig Grünmandl, historische Meldeunterlagen, Stadt- und Landesarchiv Wien.
- 7 Florian Grünmandl (Anm. 4).
- 8 Martin Achra iner: Jüdisches Leben in Tirol und Vorarlberg von 1867 bis 1918. In: Thomas Albrich (Hg.): Jüdisches Leben im historischen Tirol. Bd. 2: Von der bayerischen Zeit 1806 bis zum Ende der Monarchie 1918. Innsbruck, Wien: Haymon 2013, 193-380, hier 310ff.
- 9 Ebenda, 341.
- 10 Interview von Niko Hofinger mit Otto Grünmandl, Gesprächsnotizen im Besitz von Hofinger, etwa 1997.
- 11 Florian Grünmandl (Anm. 4).
- 12 Ebenda.
- 13 Gespräch von Verena Sauer mann mit Aglaja Spitaler, Hall, 22.4.2015. Alle weiteren Aussagen von Aglaja Spitaler sind diesem Gespräch entnommen.
- 14 Vgl. Sabine Albrich-Falch: Jüdisches Leben in Nord- und Südtirol von Herbst 1918 bis Frühjahr 1938. In: Thomas Albrich (Hg.): Jüdisches Leben im historischen Tirol. Bd. 3: Von der Teilung Tirols 1918 bis in die Gegenwart. Innsbruck, Wien: Haymon 2013, 11-186, hier 106.
- 15 Ebenda, 15.
- 16 Vgl. ebenda.
- 17 Ebenda.
- 18 Vgl. ebenda, 17.
- 19 Ebenda.
- 20 Vgl. ebenda.
- 21 Vgl. Achra iner (Anm. 8), 268ff.
- 22 Vgl. Albrich-Falch (Anm. 14), 18f.
- 23 Auskunftsbogen über die Familie Grünmandl, vermutlich 1919, Stadtarchiv Hall in Tirol, Alfred Grünmandl, Meldewesen Personalakten.
- 24 Vgl. Trauungs-Register, Bd. I, 237, Nr. 34, Archiv der Christuskirche Innsbruck.
- 25 Telefongespräch von Verena Sauer mann mit Christa Hollaus, Sachbearbeiterin im Meldeamt Hall in Tirol, 7.5.2015.
- 26 Laut den Unterlagen im Meldeamt Hall zog Grünmandl erst im Oktober 1914 nach Hall. Mehrere Quellen (Abmeldevermerk in den Meldeunterlagen in Wien, die innerfamiliär tradierte Familiengeschichte und Grünmandls Argumentation in einem Schreiben an das Stadtmagistrat 1919) beweisen aber seine Migration nach Hall im Jahr 1907. Vermutlich wurden die Meldeunterlagen in Hall nicht vollständig geführt oder überliefert.
- 27 Taufbuch (Anm. 2).
- 28 Eintrittsbuch E 2, Zahl: 44, Archiv der Christuskirche Innsbruck.
- 29 Trauungs-Register (Anm. 24).
- 30 Wie etwa Johann Baptist Freimann, jüdischer Kaufmann in Achrain bei Dornbirn, siehe: Thomas Albrich: Jüdisches Leben in Tirol und Vorarlberg von 1806 bis 1867. In: Albrich (Anm. 8), 113-191, hier 172f.
- 31 Vgl. Eintrittsbuch E 2, Zahl: 40 und Eintrittsbuch E 2, Zahl: 44, Archiv der Christuskirche Innsbruck.

- 32 Vgl. Schreiben von Alfred Grünmandl an das Stadtmagistrat Hall, 21.7.1919, Stadtarchiv Hall in Tirol, Alfred Grünmandl, Meldewesen Personalakten.
- 33 Florian Grünmandl (Anm. 4).
- 34 Sterbe-Matrik der israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck, Sterberegister 1914/15, Archiv der israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck.
- 35 Schreiben von Alfred Grünmandl an das Stadtmagistrat Hall, 21.7.1919, Stadtarchiv Hall in Tirol, Alfred Grünmandl, Meldewesen Personalakten.
- 36 Achrainer (Anm. 8), 356.
- 37 Vgl. Schreiben vom Stadtmagistrat Hall an Alfred Grünmandl, 6.10.1919, Stadtarchiv Hall in Tirol, Alfred Grünmandl, Meldewesen Personalakten.
- 38 Thomas Albrich: Die Jahre der Verfolgung und Vernichtung unter der Herrschaft von Nationalsozialismus und Faschismus 1938 bis 1945. In: Albrich (Anm. 14), 187-356, hier 193.
- 39 Ebenda, 194.
- 40 Ebenda, 263.
- 41 Ebenda, 263f.
- 42 Ebenda, 264.
- 43 Vgl. Alfred Grünmandl, Antrag auf Wiedergutmachung und Beilage mit Auflistung der Kosten für Wiedergutmachung, 4.12.1945, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 44 Haller Kreis-Anzeiger, 22.10.1938, Nr. 42, 4. Die Unterstreichungen im Original werden hier und im Folgenden kursiv dargestellt.
- 45 Telefonische Auskunft, Grundbuchabteilung des Bezirksgerichts Hall, 20.5.2016.
- 46 Albrich (Anm. 38), 221.
- 47 Vgl. Manfred Mühlmann: Novemberpogrom 1938, 13.09.2013. Online unter <http://www.novemberpogrom1938.at/d/Novemberpogrom.html> (23.4.2015).
- 48 Albrich (Anm. 38), 222.
- 49 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeidienststelle Wien, an BH Ibk, 22.3.1938, in: BH Innsbruck Abt. II, Fasz. 542, Tiroler Landesarchiv.
- 50 Ebenda.
- 51 Gendarmeriepostenkommando Hall an die BH Innsbruck, 2.4.1938, in: BH Innsbruck Abt. II, Fasz. 542, Tiroler Landesarchiv.
- 52 Florian Grünmandl (Anm. 4).
- 53 Zahl: II 2864/13, Betr. Auswanderung der Juden aus Tirol, an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Innsbruck, Innsbruck am 7.7.1939, in: BH Ibk 1951, Abt. II/Reg. 98, Zl. 1385 (mit Zl. 1804 von 1950), Fasz. 775, Tiroler Landesarchiv.
- 54 BH Innsbruck an alle Gendarmeriepostenkommandos, 18.5.1938, in: I 2725, BH Innsbruck Abt I Faszikel 587, 4028/98, 1938, Tiroler Landesarchiv.
- 55 Antwort des Gendarmeriepostenkommando Hall an die BH Ibk, 24.5.1938, in: I 2725, BH Innsbruck Abt I Faszikel 587, 4028/98, 1938, Tiroler Landesarchiv.
- 56 Stapo II B, Verzeichnis über alle im Gau Tirol wohnhaften Juden, Innsbruck den 22. März 1939, in: BH Ibk 1951, Abt. II/Reg. 98, Zl. 1385 (mit Zl. 1804 von 1950), Fasz. 775, Tiroler Landesarchiv.
- 57 II-5299/16, Betreff: Erfassung der Juden, an die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Innsbruck, 14.11.1939, in: BH Ibk 1951, Abt. II/Reg. 98, Zl. 1385 (mit Zl. 1804 von 1950), Fasz. 775, Tiroler Landesarchiv.
- 58 Thomas Lechleitner: Die Bezirkshauptmannschaft. Element der österreichischen Verwaltungsorganisation mit einer Darstellung der Inneren Organisation der BH Landeck. Innsbruck: jur. Dipl. 1997. Online unter <https://www.tirol.gov.at/landeck/bh-diplom/> (3.8.2015).
- 59 Der Reichsstatthalter von Tirol und Vorarlberg an den Landesrat des Landkreises Innsbruck, betr. Volkstumslage im Reich, am 17.9.1940, in: 2977 23 1940, BH Ibk 1940, Fas. 630, Reg. Z. 23, Tiroler Landesarchiv.

- 60 Vgl. Landesrat des Kreises Innsbruck, an alle Gendarmerieposten des Kreises Innsbruck, 20.9.1940, in: BH Ibk 1940, Fas. 630, Reg. Z. 23, Tiroler Landesarchiv.
- 61 Die Anwendung der Kategorisierung „Jude/Jüdin“ bzw. „Mischling“ war selbst für BeamtInnen im NS-Apparat nicht einfach, bzw. wurden die Richtlinien der Nürnberger Rassengesetze nicht immer streng befolgt – dies erklärt, dass die Familie Grünmandl einmal als „Juden/Jüdinnen“, und einmal Alfred Grünmandl als Jude und die restliche Familie als „Mischlinge“ bezeichnet wurden.
- 62 Gendarmerieposten Solbad Hall in Tirol, 23.9.1940, in: BH Ibk 1940, Fas. 630, Reg. Z. 23, Tiroler Landesarchiv.
- 63 Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, Frankfurt/M: Fischer ¹⁰2007, 436 (Amerikan. Erstausgabe 1961).
- 64 Vgl. ebenda.
- 65 Vgl. ebenda, 437ff.
- 66 Ebenda, 445.
- 67 Ebenda, 446.
- 68 Vgl. ebenda, 447.
- 69 Vgl. ebenda, 448.
- 70 Ebenda, 449.
- 71 Albrich (Anm. 38), 321.
- 72 Ebenda.
- 73 Vgl. ebenda.
- 74 Ebenda, 322.
- 75 Ebenda, 322f.
- 76 Vgl. ebenda, 323.
- 77 Ebenda, 325.
- 78 Ebenda, 327.
- 79 Ebenda.
- 80 Vgl. ebenda, 330.
- 81 Vgl. ebenda, 333f.
- 82 Vgl. Schreiben von Alfred Grünmandl an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, 29.1.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 83 Alfred Grünmandl, Antrag auf Wiedergutmachung. Beilage zum ausgefüllten Antrag, 4.12.1945, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 84 Vgl. Hall von A bis Z. Viktor Schumacher: In: Heinz Moser (Hg.): Hall – 700 Jahre multimedial, 2004. Online unter http://www.hallmultimedial.at/glossar/idx/idx_hall.html (23.4.2015).
- 85 Vgl. Schreiben von Otto Grünmandl an das Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Opferfürsorge, Hall am 18.5.1962, in: Grünmandl Otto, Opferfürsorgeakt, Tiroler Landesarchiv.
- 86 Vgl. Albrich (Anm. 38), 352.
- 87 Grünmandl Otto, Opferfürsorgeakt, Tiroler Landesarchiv.
- 88 Vgl. Hilberg (Anm. 63), 449.
- 89 Ebenda.
- 90 Vgl. Sabine Pitscheider: Irma Krug-Löwy: „Im großen und ganzen haben sie mir nichts getan.“ Überleben in einer „privilegierten Mischehe“. In: Thomas Albrich (Hg.): „Wir lebten wie sie...“ Jüdische Lebensgeschichten aus Tirol und Vorarlberg. Innsbruck: Haymon 1999, 289-306.
- 91 Florian Grünmandl (Anm. 4).
- 92 Thomas Albrich: „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos. In: Rolf Steininger (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 1994, 147-166, hier 153 (= Schriften des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und des Jüdischen Museums Hohenems 1).
- 93 Vgl. Brigitte Bailer: Gleiches Recht für alle? Die Behandlung von Opfern und Tätern des Nationalsozialismus durch die Republik Österreich. In: Steininger (Anm. 92), 183-197, hier 185.

- 94 Ebenda, 185.
- 95 Vgl. Brigitte Bailer-Galanda: Die Opfergruppen und deren Entschädigung. In: Heidrun Schulze (Hg.): Wieder gut machen? Enteignung, Zwangsarbeit, Entschädigung, Restitution. Österreich 1938-1945/1945-1999. Innsbruck, Wien: StudienVerlag 1999, 90-96, hier 92 (= Schriftenreihe Informationen zur Politischen Bildung, Sonderband).
- 96 Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 22. Stück, ausgegeben am 27. Juli 1945, Nr. 90, Seite 111. Online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_90_0/1945_90_0.pdf (10.6.2015).
- 97 Ebenda.
- 98 Albrich (Anm. 92), 152.
- 99 Alfred Grünmandl, Antrag auf Wiedergutmachung, 4.12.1945, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 100 Alfred Grünmandl, Antrag auf Wiedergutmachung, 4.12.1945, Beilage zu Punkt 7) des Antrages auf Wiedergutmachung des Alfred Grünmandl, Solbad Hall i.T., Krippgasse Nr. 12, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 101 Alfred Grünmandl, Brief an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, Hall, 29.1.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 102 Alfred Grünmandl, Brief an den Bund der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung in Tirol, 3.7.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 103 Ebenda.
- 104 Brief vom Bundesministerium für soziale Verwaltung der Republik Österreich, an das Amt der Tiroler Landesregierung Innsbruck, 22.4.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 105 Brief von Alfred Grünmandl an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck, 29.1.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 106 Brief von Peter Zwetkoff an das Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wiedergutmachung und Kriegsschäden, 15.6.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 107 Vgl. Schreiben vom Bund der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung in Tirol an das Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wiedergutmachung und Kriegsschäden, 18.6.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 108 Schreiben vom Bund der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung in Tirol an das Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wiedergutmachung und Kriegsschäden, 7.7.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 109 Staatsgesetzblatt (Anm. 96), Seite 112, § 4.
- 110 Ebenda, § 7.
- 111 Vgl. Schreiben vom Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung für Wiedergutmachung und Kriegsschäden an Alfred Grünmandl, 29.8.1947, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 112 Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 39. Stück, ausgegeben am 1. September 1947, Nr. 183, 822. Online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_183_0/1947_183_0.pdf (9.6.2015).
- 113 Vgl. Albrich (Anm. 92), 152.
- 114 Ebenda.
- 115 Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 116 Vgl. Brigitte Bailer: Der KZ-Verband. Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projektes der Namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2007. Schwerpunkt: Namentliche Erfassung von NS-Opfern. Wien, Münster: Lit 2007, 36-49, hier 36.
- 117 Vgl. Bundesgesetzblatt (Anm. 112), 826.
- 118 KZ-Verband/VdA, Vereinsstatut. Online unter http://www.kz-verband.at/?page_id=36 (15.6.2015).

- 119 Vgl. Kreis Innsbruck Land – Mitglieder des „Bundes der Opfer nationalsozialistischer Unterdrückung in Tirol“, undatiert. Kopie im Besitz von Thomas Albrich.
- 120 Vgl. Antrag von Alfred Grünmandl an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 26.10.1947, in: Rückstellungsakt Alfred Grünmandl gegen Hedwig Balut und Günther Baumann, RK 66/1947, Tiroler Landesarchiv.
- 121 Ebenda.
- 122 Äußerung der Antragsgegner_innen Balut und Baumann, an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 19.12.1947, in: Rückstellungsakt Alfred Grünmandl gegen Hedwig Balut und Günther Baumann, RK 66/1947, Tiroler Landesarchiv.
- 123 Ebenda.
- 124 Ebenda.
- 125 Bezirksgericht Hall, Zeuge: Rechtsanwalt Dr. August Mayr, vor Dr. Nusser als Richter und Dr. Kneussl als Schriftführer, 28.4.1948, in: Rückstellungsakt Alfred Grünmandl gegen Hedwig Balut und Günther Baumann, RK 66/1947, Tiroler Landesarchiv.
- 126 Informationen zur sogenannten Höttinger Saalschlacht: Josefine Justič: Die Höttinger Saalschlacht. In: Innsbrucker Stadtnachrichten, Nr. 4, 24.4.1985, 24.
- 127 Antragsteller Alfred Grünmandl an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Innsbruck, 22.5.1948, in: Rückstellungsakt Alfred Grünmandl gegen Hedwig Balut und Günther Baumann, RK 66/1947, Tiroler Landesarchiv.
- 128 Baumann Willi, NSDAP-Zentralkarte und Gaukartei. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde.
- 129 Siehe etwa hier: Der Wiener Euthanasieprozess gegen Heinrich Gross. Online unter http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/gross_index.php (1.9.2015); Hans Schafranek: Eine unbekannte NS-Tätergruppe: Biografische Skizzen zu österreichischen Angehörigen der 8. SS-Totenkopf-Standarte (1939-1941). In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Täter. Österreichische Akteure im Nationalsozialismus. Wien 2014, 79-105, hier 95ff.
Es gibt jedoch auch Fälle, in denen die Nummer aus dem 6-er-Block und das Aufnahmedatum (1. Mai 1938) die Tätigkeit bei den „Illegalen“ nicht beweist, etwa wenn sich Ortsgruppenleiter oder Kreisleiter mit einer großen Anzahl an „Illegalen“ schmücken wollten. Für Baumann bleibt also eine gewisse Unsicherheit bestehen. Vgl.: Wilfried Posch: „Illegal“ per Protektion. In: Die Presse, 7.5.2010. Online unter <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/563749/print.do> (1.9.2015).
- 130 Vergleichsausfertigung, 4.5.1948, in: Rückstellungsakt Alfred Grünmandl gegen Hedwig Balut und Günther Baumann, RK 66/1947, Tiroler Landesarchiv.
- 131 Vgl. Lebenshaltungskosten. In: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg. 12, H. 1, Jänner 1949, 28.
- 132 Österreichisches Staatsarchiv: „Ohne Göd´ ka Musi“ – Währungsgeschichte Österreichs. Online unter <http://www.oesta.gv.at/site/6381/default.aspx> (5.8.2015).
- 133 Vgl. Ansuchen vom Bund der politisch Verfolgten an das Amt der Tiroler Landesregierung, Februar 1948, in: Grünmandl Alfred, Opferfürsorgeakt 00358, TLA, Amt der Tiroler Landesregierung.
- 134 Vgl. Entwurf für Parte Alfred Grünmandl, 10.11.1959. Forschungsinstitut Brenner Archiv, Nachl. Otto Grünmandl, Sig. 228-37-06.
- 135 Grünmandl Alfred, Meldewesen Karteikarte, Meldeamt Hall in Tirol.
- 136 Spitaler (Anm. 13).